

**Jürgen Peters**

Erster Vorsitzender der IG Metall



**Statement anlässlich der Pressekonferenz zum Start  
des „Arbeitnehmerbegehrens für eine soziale Politik“**

Frankfurt am Main, 26. Mai 2004

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 3. April sind mehr als eine halbe Million Menschen dem Aufruf der Gewerkschaften gefolgt und haben gegen die soziale Demontage und für einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland demonstriert.

Das war eine der größten Demonstrationen, die dieses Land erlebt hat.

Eine Reihe von Politikern hat sich beeilt, diese Menschen wieder in die Blockierer- und in die Nein-Sager-Ecke zu drängen.

Offenbar sind einige in der Politik nicht gewillt oder nicht in der Lage zuzuhören, wenn eine halbe Million Menschen ihren Unmut über die aktuelle politische Entwicklung artikulieren.

Andere wiederum waren offenbar so beeindruckt und überrascht von der Größenordnung dieser sozialen Bewegung, dass sie sich in die gleichen stereotypen Formulierungen geflüchtet haben.

Wir werden uns mit dieser Situation nicht zufrieden geben.

Deshalb: Die IG Metall startet am 1. Juni 2004 das erste Arbeitnehmerbegehren in Deutschland. Ein Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik.

Wir wollen Wege zu Reformen aufzeigen, die eben nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer belasten.

Wir wollen Alternativen aufzeigen, wie Deutschland aus der derzeitigen Sackgasse rausfindet, ohne dass die breite Mehrheit der Bürger zu Opfern dieser Entwicklung werden muss.

Wir machen ein Angebot für politische Konzeptionen, die möglicherweise dem allgemeinen Zeitgeist nicht entsprechen.

Dafür aber sozial gerecht und ökonomisch vernünftig sind.

Wir machen dieses Angebot all denen, die in diesem Land die wirklichen Leistungsträger sind: Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Bis in den Herbst hinein werden wir um ein Votum für eine andere Politik werben.

Das machen wir nicht allein.

Die anderen Gewerkschaften werden sich beteiligen.

Dazu läuft bereits der Abstimmungsprozess.

Starten werden wir in den Fabriken und Verwaltungen der Metall- und Elektroindustrie.

Wir laden auch andere soziale Gruppen und Initiativen ein, mit uns für den Politikwechsel zu werben.

Und wir werden im Internet auf einer eigenen Homepage [www.arbeitnehmerbegehren.de](http://www.arbeitnehmerbegehren.de) dafür werben.

Ich bin sicher, dass wir auch hier, ähnlich wie am 3. April, auf eine breite Zustimmung treffen werden.

Frei nach Clausewitz könnte man sagen: Das Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik ist die Fortsetzung der Demonstrationen vom 3. April mit anderen Mitteln.

Was wir der Politik am 3. April mündlich gesagt haben, werden wir ihr jetzt auch schriftlich geben.

Ich mache keinen Hehl daraus: Unsere Aktion dient auch dazu, unsere Vorstellungen von einer arbeitnehmerorientierten Reformpolitik breiter in der Öffentlichkeit zu verankern.

Der politische und ökonomische Mainstream spült derzeit in Deutschland alles weg, was nicht stromlinienförmig ins Konzept passt.

Das gilt für große Teile der Wissenschaft, der Politik und leider auch der Medien. Dem wollen wir entgegenwirken.

Wir wollen den Menschen sagen: Diese Politik ist nicht alternativlos.

Denn jeder spürt, so wie es ist, kann es nicht weitergehen.

Die Massenarbeitslosigkeit hat sich verfestigt.

Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert.

Trotz aller Reformschritte: Das Gesundheitswesen ist krank und die Alterssicherung wird immer schlechter.

Die Verschuldung des Staates steigt immer weiter.

Das Bildungssystem ist nicht zukunftsfähig und vor allem:

Die Motivation und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staat und Wirtschaft schwindet.

Aber: Der Verlust an Selbstvertrauen ist keine gute Basis für eine Industrienation.

Irgendwann ist der Zeitpunkt gekommen, die Sackgasse zu erkennen, in die man gefahren ist. Das gilt für die Regierung und noch mehr für die Opposition.

Man wird diese Sackgasse nicht verlassen, indem man jetzt mit höherer Geschwindigkeit gegen die Wand fährt, sondern indem man endlich die Richtung ändert.

Es gibt Alternativen.

Wir haben uns in unserem Arbeitnehmerbegehren beispielhaft auf fünf Themenbereiche konzentriert.

Ich will hier nur einige Schlaglichter auf die Alternativen werfen, um die grundlegende Richtung unserer Politik zu verdeutlichen.

#### (1. Steuerpolitik)

Es kann nicht sein, dass durch die Senkung des Spitzensteuersatzes ein Einkommensmillionär 2005 mehr Steuern geschenkt bekommt als der Normalverdiener jährlich verdient, nämlich 67.000 Euro.

Noch nie waren die Wohlhabenden in Deutschland so reich wie heute.

Es wird Zeit, dass auch sie sich wieder an der Finanzierung unseres Gemeinwesens angemessen beteiligen.

Wir fordern gerechte Steuertarife.

Wir wollen das durch einen Grundfreibetrag von 8.000 Euro, einen Eingangssteuersatz von 15 Prozent und einen Spitzensteuersatz von zumindest 45 Prozent erreichen.

Wir wollen die Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften ab 500.000 Euro und natürlich das Schließen von Schlupflöchern.

#### (2. Gesundheitspolitik)

Wir brauchen eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu bezahlbaren Beiträgen.

Dies kann beispielsweise dadurch geschehen, dass alle Erwerbstätigen, Selbstständige und Beamte in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden.

In Berlin gibt es ja offenbar Bewegung, was das Thema Bürgerversicherung angeht.

Auch hier gilt: Wer mehr hat, der kann auch höhere Beiträge zahlen.

Und wir wollen, dass mehr getan wird für die vorbeugende Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz.

Die Krankenkassen werden jährlich mit annähernd 20 Mrd. Euro durch Krankheiten belastet, die am Arbeitsplatz entstehen. Wenn diese Kosten vermieden würden, könnten die Krankenkassenbeiträge auf deutlich unter 13 Prozent gesenkt werden.

### (3. Alterssicherung)

Wir brauchen ein gesetzliches Rentenniveau, das Altersarmut verhindert und das gerecht finanziert wird.

Deshalb ist es notwendig, auch hier für eine breitere Einnahmebasis zu sorgen.

Das wäre durch eine Bürgerversicherung möglich. Selbständige, Freiberufler und Beamte sollten in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.

Und: Die betriebliche Altersvorsorge muss wieder gestärkt werden.

Wer die zweite Säule der Altersversorgung stärken will, der sollte hier ansetzen und die Menschen nicht allein dem Werben der privaten Versicherungskonzerne überlassen.

### (4. Arbeitszeit)

Wer Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen will, der darf einer Arbeitszeitverlängerung nicht das Wort reden und sollte sich für Erhalt und den Ausbau der Tarifautonomie in Deutschland einsetzen.

Deutschland gewinnt den Wettbewerb nicht durch einen Wettlauf um die niedrigsten Löhne, längsten Arbeitszeiten und schlechtesten Arbeitsbedingungen.

Wir gewinnen ihn durch leistungsfähige, leistungsbereite, gut ausgebildete und deshalb innovative Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

### (5. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik)

Wir setzen uns ein für eine offensive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Wir brauchen einen aktiven Staat und keinen Staat, der den Selbstheilungskräften des Marktes die Zukunft des Landes überlässt.

Deshalb treten wir ein für ein Investitionsprogramm in die Infrastruktur. Investitionen in Kindergärten, Schulen, Hochschulen, in die Modernisierung der Energie- und Wasserversorgung sowie den öffentlichen Nahverkehr.

Unsere Investitionsquote liegt aktuell bei 1,5 Prozent.

Das ist der niedrigste Stand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Eine solche Politik nimmt nicht nur dem Aufschwung den Atem.

Wenn wir jetzt nicht investieren, hinterlassen wir unseren Kindern ein Land mit maroder Infrastruktur, krankem Gesundheitswesen, rückständigem Bildungssystem und damit die schlechtesten Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum.

Wenn der Anschluss hier verloren geht, wird sich das Industrieland Deutschland nie von dieser Hypothek erholen.

Was wir nicht brauchen, sind Niedriglöhne und absurde Zumutbarkeitsregelungen, die schuldlos arbeitslos gewordene Menschen für ihr Schicksal bestrafen und entwürdigen.

Meine Damen und Herren,

Friedrich Merz sagt, „Nirgendwo lässt es sich so bequem ohne Arbeit leben wie in Deutschland“ und fordert weitere Einschnitte bei den Bedürftigsten der Gesellschaft, den Sozialhilfeempfängern.

Das, meine Damen und Herren, ist die Perversion eines politischen Denkens, das viele Millionen Menschen das Schicksal der Arbeitslosigkeit eingebracht hat - und wenn es so weiter geht - vielen einbringen wird.

Wir wollen einen anderen Weg.

Wir werden in den kommenden Monaten unsere Konzepte weiter im Detail vorstellen und publizieren. Ich bin sicher, wir werden auf eine breite Zustimmung treffen.

Adressat des Arbeitnehmerbegehrens sind die politischen Parteien in Deutschland.

Die Ergebnisse wollen wir im Herbst präsentieren.

Über den Zeitpunkt werden wir Sie zeitnah informieren.

Lassen Sie sich von der Form der Präsentation überraschen.